



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Rainer Ludwig, Robert Riedl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Kerstin Schreyer, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Klaus Stöttner, Steffen Vogel und Fraktion (CSU)**

Drs. 18/24433

Stabile und bezahlbare Energieversorgung in Bayern

Der Landtag stellt fest, dass der Freistaat bei der Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare, nachhaltige und diversifizierte Energiequellen in Deutschland führend ist, insbesondere beim Zubau. Es sind aber noch erhebliche Anstrengungen aller Beteiligten notwendig, um sowohl kurzfristig die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine auf den Energiesektor zu bewältigen als auch mittel- und langfristig die klimaneutrale Energieversorgung in Bayern zu gewährleisten.

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, Medien und Digitalisierung über das Ergebnis der Studie zum Potenzial der tiefen Geothermie zu berichten.
- sich weiter gegenüber dem Bund für attraktivere, bundesweite Förderbedingungen, insbesondere für kommunale Projekte, zur Nutzung der Tiefengeothermie einzusetzen. Hierzu gehört insbesondere die sofortige Umsetzung der vom Bund im Koalitionsvertrag angekündigten Fündigkeitsversicherung für Geothermie.
- sich beim Bund weiterhin für eine Ausweitung des Energieangebots einzusetzen und alle Energiepotenziale zu nutzen, insbesondere durch das unverzügliche klare und eindeutige Bekenntnis für eine Laufzeitverlängerung aller drei aktiven Kernkraftwerke mindestens bis 2024 und die vollständige Nutzung aller weiteren kurzfristig verfügbaren Energiequellen, wie z. B. Kohle-, Mineralölkraftwerke und Biogas.
- den beschlossenen Fünf-Punkte-Maßnahmenplan zur Senkung des Energieverbrauchs in der Staatsverwaltung weiterhin konsequent umzusetzen und eine angemessene Erweiterung um weitere Maßnahmen im Rahmen bestehender Mittel ergebnisoffen zu prüfen. Das Ergebnis der Prüfung soll auch den Kommunen für eine bedarfsgerechte Anwendung in eigener Zuständigkeit zur Verfügung gestellt werden.

- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die vom Bund in Aussicht gestellte Entlastung von Wirtschaft und privaten Verbrauchern von den aktuell massiv gestiegenen Preisen für Erdgas schnellstmöglich abschließend und damit verlässlich unter Nutzung möglichst transparenter und unbürokratischer Vorgehensweisen geregelt wird.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident